

Regierung will Projekte in Kamerun fortsetzen

Konflikt im Land eskaliert weiter

Trotz der zunehmend eskalierenden Gewalt zwischen der englischsprachigen Minderheit im Südwesten des Landes und dem Regime von Präsident Paul Biya will das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), soweit möglich, seine Projekte im Land fortführen. Es sei wichtig, Kamerun weiterhin in seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zu unterstützen, erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Maria Flachsbarth (CDU), vergangene Woche im Entwicklungsausschuss. Die Rolle der Bundesregierung im aktuellen Konflikt sah sie insbesondere darin, "mäßigend auf beide Seiten einzuwirken".

Wichtige Hilfen Derzeit unterstützt das BMZ zahlreiche Projekte in dem zentralafrikanischen Land. Schwerpunkte sind gute Regierungsführung, ländliche Entwicklung und Hilfen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise; nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) hatte das Land im März 2018 rund 249.000 Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik und mehr als 89.000 Menschen aus Nigeria aufgenommen. Dazu kommen rund 241.000 Binnenvertriebene, die im Norden des Landes vor Angriffen der islamistischen Terrormiliz Boko Haram geflüchtet sind. Aktuell baut das BMZ im Rahmen der Sonderinitiative "EINWELT ohne Hunger" ein Grünes Innovationszentrum auf, das Neuerungen in den Wertschöpfungsketten bei der Produktion von Kakao, Kartoffeln und Geflügel verbreiten und Fortbildungen anbieten soll.

Im englischsprachigen Teil Kameruns gehen die Sicherheitskräfte seit Ende 2016 gewaltsam gegen Kräfte vor, die eine Abspaltung des Nordwestens vom französischsprachigen Rest des Landes beziehungsweise mehr Autonomie fordern. Wie die Koordinatorin der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Kamerun, Laura Anyola Tufon, im Ausschuss sagte, stünden Verhaftungen und Kidnapping seither auf der Tagesordnung. Dörfer würden niedergebrannt und ihre Bewohner vertrieben, unter den Toten seien auch viele Zivilisten. Sie appellierte an die Abgeordneten, sich für ein Ende der Gewalt einzusetzen. Insbesondere sollte Deutschland als wichtigster Partner Frankreichs in der EU Paris drängen, seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Lösung der Krise zu nutzen.

Kamerun war von 1884 bis 1919 deutsche Kolonie. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde ein großer Teil des Gebietes den Franzosen zugeschlagen, ein kleinerer Teil den Briten. Ende des Jahres finden dort Präsidentschaftswahlen statt. Ob und wie sie abgehalten werden können, ist völlig unklar. "Die Menschen in Kameruns anglophonen Regionen sind im Griff einer tödlichen Gewaltspirale", warnte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International erst vergangene Woche.

https://www.das-parlament.de/2018/25_26/europa_und_die_welt/-/560480
Stand: 10.07.2018